

Antrag

der Abgeordneten Birgit Homburger, Marita Sehn, Ulrike Flach, Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Dr. Karlheinz Guttmacher, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Walter Hirche, Dr. Werner Hoyer, Ulrich Irmer, Jürgen Koppelin, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Detlef Parr, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.

Agenda für eine Initiative Deutschlands zum internationalen Klimaschutz

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der ergebnislose Verlauf und die Unterbrechung der internationalen Verhandlungen zur Vorbereitung einer Ratifizierung des Kyoto-Protokolls im Rahmen der Sechsten Vertragsstaatenkonferenz in Den Haag ist ein schwerer Rückschlag für den globalen Klimaschutz und für eine ökologisch wirksame Implementierung der flexiblen Instrumente von Kyoto. Die Chance, eine Ratifizierung des Kyoto-Protokolls durch die Vertragsstaaten wirksam vorzubereiten und auf diesem Weg international tiefgreifende Fortschritte zur Verminderung des Treibhauseffektes zu erzielen, wurde vertan.

Für das vorläufige Scheitern der Verhandlungen in Den Haag trägt die Bundesregierung Mitverantwortung: Auf nationaler Ebene wurde ein Maßnahmenkatalog zum Klimaschutz erst mit erheblicher Verspätung vorgelegt; wesentliche Bestandteile des nationalen Klimaschutzprogramms sind bis heute nicht verwirklicht. Auf internationaler Ebene ist die Bundesregierung während der Verhandlungen in Den Haag der Herausforderung ausgewichen, die Reihen der EU-Umweltminister in den Verhandlungen geschlossen zu halten und konstruktiv an einem dynamischen Verhandlungsprozess teilzunehmen. Es galt, zwischen den Beteiligten zielorientiert, engagiert und flexibel zu vermitteln, um eine gemeinsame Position in den Verhandlungen erfolgreich zu vertreten. Diesen Anforderungen ist die Bundesregierung nicht gerecht geworden. So wurde die Rolle Deutschlands als Vorreiter, maßgeblicher Impulsgeber und gestaltende Kraft der internationalen Umweltpolitik verspielt. Da die Einführung eines Emissionsrechtehandels in Deutschland nicht hinreichend und entschlossen genug vorbereitet wurde und nationale Sachkompetenz auf diesem Gebiet folglich nicht entwickelt werden konnte, fehlte Deutschland auch an dieser Stelle die glaubwürdige und professionelle Vorbereitung auf nationaler Ebene, um maßgeblichen Einfluss auf die Verhandlungen in Den Haag nehmen zu können.

Der Deutsche Bundestag bekräftigt das nationale Klimaschutzziel, die Kohlendioxidemissionen in Deutschland bis zum Jahre 2005 gegenüber 1990 um 25 v. H. zu senken. Dabei kommt der deutschen Bundesregierung mit Blick auf die für das Frühjahr 2001 vereinbarte Fortsetzung der Verhandlungen in Bonn besondere Verantwortung zu. Der fortschreitende Klimawandel macht ein unverzügliches und entschlossenes Vorgehen der internationalen Staatengemeinschaft unverzichtbar. Es gilt, den Kyoto-Prozess mit besonderem Nachdruck am Leben zu erhalten. Mit der ehemaligen Bundeshauptstadt als Tagungsort für eine Fortsetzung der internationalen Klimaverhandlungen muss die deutsche Bundesregierung alles daran setzen, um die Sechste Weltklimakonferenz schließlich zum Erfolg zu führen und eine Ratifizierung des Kyoto-Protokolls wirksam vorzubereiten. Diese Herausforderung bedeutet Verpflichtung und Chance zugleich. Dazu muss die Bundesregierung bereits im Vorfeld der Verhandlungen alles erforderliche leisten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- unverzüglich bilaterale Verhandlungen mit den Regierungen der europäischen Nachbarländer, insbesondere mit Großbritannien, Frankreich und den skandinavischen Ländern aufzunehmen mit dem Ziel, mögliche Kompromisslinien für den internationalen Klimaschutz zu finden und diesbezüglich gemeinsame Positionen und Verhandlungsstrategien zu vereinbaren,
- in diesem Zusammenhang dazu beizutragen, dass persönliche Irritationen und Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Europäischen Union, insbesondere zwischen Großbritannien und Frankreich, ausgeräumt werden, um die Erarbeitung gemeinsamer Positionen nicht unnötig zu verzögern und zu beschweren,
- aktiv und konstruktiv das jüngste Angebot des Präsidenten der USA aufzugreifen, noch im laufenden Jahr ein Treffen auf Ministerebene zu organisieren, um eine internationale Vereinbarung zum Klimaschutz konkret vorzubereiten,
- mit Blick auf die in Den Haag strittig gebliebenen Sachverhalte, insbesondere mit Blick auf die so genannte Senkenproblematik, tragfähige Kompromissvorschläge zu erarbeiten,
- in diesbezüglich bilaterale Sondierungsgespräche und Verhandlungen mit den Regierungen der so genannten „Umbrella-Gruppe“, insbesondere mit den USA, Japan, Kanada und Australien einzutreten,
- unverzüglich in bilaterale Sondierungsgespräche mit den Regierungen der GUS-Staaten, der G77 und China einzutreten, um Kompromisslinien für die künftige Verhandlungsführung zu suchen und darüber hinaus Vorschläge zu erarbeiten, wie eine Stärkung der Bewirtschaftung, Erhaltung und nachhaltigen Entwicklung der dortigen Ressourcen zur Stabilisierung der Treibhausgaskonzentrationen unterstützt werden kann,
- unverzüglich in bilaterale Sondierungsgespräche und Verhandlungen sowohl mit den Regierungen der OPEC-Staaten als auch der AOSIS-Länder einzutreten, um Möglichkeiten zur Unterstützung der dortigen Bemühungen für den weltweiten Klimaschutz konkret zu erörtern,
- den Deutschen Bundestag über Fortgang und Ergebnisse dieser bilateralen Verhandlungen und Gespräche unverzüglich und regelmäßig zu unterrichten,

- den Börsenhandel mit Emissionszertifikaten für Treibhausgase in Deutschland institutionell, organisatorisch und mit einem konkreten zeitlichen Rahmen vorzubereiten, um in der deutschen Bevölkerung und beim Mittelstand das Bewusstsein für einen effektiven und sparsamen Energieeinsatz zu fördern und sie zweckdienlich auf den Einsatz flexibler Instrumente zum Klimaschutz vorzubereiten,
- dem Deutschen Bundestag unverzüglich alle Arbeitsgruppen und Kreise sowie deren Teilnehmer zu benennen, die sich unter Mitwirkung oder Beteiligung der Bundesregierung mit Fragen der Einführung oder Organisation eines Emissionsrechtehandels in Deutschland befassen und darüber zu berichten, zu welchen Ergebnissen die Beratungen auf dieser Ebene bisher geführt haben.

Berlin, den 5. Dezember 2000

Birgit Homburger
Marita Sehn
Ulrike Flach
Hildebrecht Braun (Augsburg)
Rainer Brüderle
Ernst Burgbacher
Jörg van Essen
Horst Friedrich (Bayreuth)
Rainer Funke
Dr. Karlheinz Gutmacher
Klaus Haupt
Ulrich Heinrich
Walter Hirche
Dr. Werner Hoyer
Ulrich Irmer
Jürgen Koppelin
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Detlef Parr
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
Dr. Hermann Otto Solms
Carl-Ludwig Thiele
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

